

■ **VIDEO** | TEIL 1

<https://www.landtag-bw.de/home/mediathek/videos/2020/20201112sitzung1331.html?t=0>

■ **VIDEO** | TEIL 2

<https://www.landtag-bw.de/home/mediathek/videos/2020/20201112sitzung1332.html?t=0>



12. November 2020
133. PLENARSITZUNG
ZUSAMMENFASSUNG

Dieser Plenarbericht darf nicht zum Zwecke der Wahlkampfwerbung eingesetzt werden.

ANTON BARON
Parlamentarischer Geschäftsführer





BERND GÖGEL
Wahlkreis Enz



ES GIBT EINEN SCHMALEN GRAT ZWISCHEN MITHILFE UND DENUNZIEREN

TOP 1

Aktuelle Debatte der AfD-Fraktion: „Zwangseinweisungen, Denunzianten-Bürgerwehr und Ermächtigungsverordnungen – das Ende der Grundrechte in Baden-Württemberg?“

Diese aktuelle Debatte der AfD-Fraktion wurde beantragt, weil wir nicht mehr tatenlos zusehen wollen, wie die Freiheitseinschränkungen bis hin zu Zwangseinweisungen in Kliniken für Quarantäneverweigerer von der Regierung verordnet werden. Am 18. November wird das neue Infektionsschutzgesetz im Bundestag verabschiedet. Wenn die Regierung sich so wie die AfD die Mühe gemacht hätte, dieses Gesetz zu lesen, hätte sie feststellen können, dass die darin enthaltenen Grundgesetzverletzungen enorm sind und man zurecht von einem Ermächtigungsgesetz sprechen kann.

Der AfD-Fraktionsvorsitzende Bernd Gögel kritisierte die Regierung wie folgt: „Die von Ihnen verbreitete irrationale Angst vor dem Virus und vor einer Ansteckungsgefahr haben dazu geführt, dass sich inzwischen Bürger von Bürgern bedroht fühlen! Der erkältete Nachbar wird zum Feind und der Jugendliche, der sich mit Freunden trifft, zum Verbrecher!“

Im Folgenden sprach er das Denunziantentum an: „Es gibt einen schmalen Grat zwischen Mithilfe und Denunzieren. Wenn sich unsere Bürger jetzt gegenseitig ausspionieren und beobachten, um dann eine Anzeige zu erstatten, dann ist das aus Sicht der AfD keine Bürgerpflicht, sondern wir nennen es so, wie es ist. Sie wollen das De-

nunziantentum hierzulande wieder salonfähig machen!“

Er wies darauf hin, dass Innenminister Strobl sich auf den § 30 des Infektionsschutzgesetzes beruft, ein hartes Vorgehen in unserem Land anordnen möchte und die Quarantäneverweigerer in eine Klinik zwangseinweisen will. Hierzu merkte der AfD-Fraktionsvorsitzende an: „Wie weit wollen Sie anhand der Grundgesetzverletzungen die Freiheit unserer Bürger noch einschränken, fragen wir Sie? Sie, Herr Innenminister, sind doch nicht mal in der Lage, den Aufenthaltsort der abschiefebefähigten abgelehnten Asylbewerber ausfindig zu machen! Und ausgerechnet Sie drohen den Baden-Württembergern mit Zwangseinweisungen in Kliniken! Da müssen Sie sich und die Landesregierung fragen lassen: Pflegen Sie hier etwa eine totalitäre Tradition?“

Abschließend hält Gögel fest: „Unsere Bürger verdienen die Freiheit! Wir fordern die Landesregierung auf: Beenden Sie die Panik und Angst, informieren Sie unsere Bürger darüber, wie sie sich am besten gegen das Virus schützen können. Lassen Sie Meinungspluralismus zu, hören Sie auf die Argumente von Andersdenkenden und auch von Querdenkern. Unsere Bürger sind in der Lage, Verantwortung zu übernehmen und sich und andere zu schützen. Selbstbestimmung vor Fremdbestimmung!“



DR. CHRISTINA
BAUM
Wahlkreis Main-Tauber



DASS DAS TRAGEN VON MASKEN DIE LEISTUNGS- FÄHIGKEIT VON GESUNDEN MENSCHEN BELASTET, IST NACHGEWIESEN

TOP 2

Aktuelle Debatte der SPD-Fraktion: „Minister Luchas Krisenmanagement in der Kritik“

Bereits am 5. Februar hatte die gesundheitspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion Dr. Christina Baum gewarnt: „Wie gut die Landesregierung tatsächlich vorbereitet sein wird, wie besonnen und entschlossen sie auf eine solche Pandemie reagieren kann, wird sich erst im Ernstfall zeigen.“ Die Bedenken der AfD wurden damals als Verschwörungstheorien oder Panikmache abgetan.

Die Menschen wüssten aber sehr genau, dass die SPD über ihre Regierungsbeteiligungen im Bund und in den Ländern große Schuld am Leid durch Freiheitsverluste, Vereinsamung, Kindesmisshandlungen oder Existenz- und Arbeitsplatzverluste und auch an der damit einhergehenden Verzweiflung des Volkes ob seiner Hilflosigkeit trägt.

Dass das Tragen von Masken die Leistungsfähigkeit von gesunden Menschen belaste, sei nachgewiesen. Wer mit diesem Wissen und den Schilderungen der Beschwerden vieler Schüler an einer Maskenpflicht an den Schulen festhält, habe sich eines Tages wegen vorsätzlicher Körperverletzung vor Gericht zu verantworten.

Schon oft verwies Frau Dr. Baum auf den Grundsatz, dass die Therapie keinen größeren Schaden anrichten darf als die Erkrankung selbst. Und sie sagte voraus, dass auch ein Impfstoff die Regierung nicht aus ihrer misslichen Lage befreien wür-

de. Denn ein erheblicher Teil der Bevölkerung werde einen genbasierten Impfstoff, bei dem bis heute keine Erkenntnisse zu Langzeitfolgen vorliegen, ablehnen.

Wir als Alternative für Deutschland werden stattdessen unserem Volk wieder eine lebenswerte Perspektive aufzeigen und ihm bedingungslos alle Freiheitsrechte zurückgeben, die ihm per Grundgesetz zuerkannt wurden. Den Weg in eine totalitäre Überwachungsdictatur werden wir als AfD niemals mitgehen!



DR. RAINER
PODESWA
Wahlkreis Heilbronn



DIE ANSTALTEN BRAUCHEN GANZ OFFENSICHTLICH NICHT MEHR, SONDERN WENIGER GELD

TOP 3

2. Beratung eines Gesetzentwurfs der Landesregierung: **„Gesetz zu dem Ersten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge“**

Die größte nicht-kommerzielle Medienanstalt der Welt braucht 1,9 Milliarden Euro mehr. In seiner Rede erinnerte Dr. Rainer Podeswa daran, dass „bei der ARD dafür einfach der Griff in die Taschen der Steuerzahler genügt.“

Die fälschlich als Rundfunkgebühren bezeichnete Steuer soll zum 1. Januar 2021 erhöht werden. Rund 10 Milliarden Euro wird die Jahresrundfunksteuer dann betragen, kritisierte der AfD-Abgeordnete und wies darauf hin, dass „über 40 Staaten der Erde ein geringeres Bruttoinlandsprodukt haben, als die ARD an Jahresbudget hat!“. Vor diesem Hintergrund würden dann auch die fürstlichen Gehälter der Intendanten Sinn machen, die mehr Gehalt bekommen als der Ministerpräsident.

Der Bürger solle dafür eine „Grundversorgung“ bekommen. Diese umfasse allein bei der ARD zehn Rundfunkanstalten mit 110 Standorten. 44.000 Personalstellen decken den angeblichen Grundbedarf der Bürger. Dieser Grundbedarf umfasse neben den täglichen, unkritischen kommunizierten Verlautbarungen der Regierungsparteien ein Gender-Gaga der übelsten Sorte.

Doch nicht nur die AfD wolle den öffentlich-rechtlichen Rundfunk deshalb in seiner aktuellen Form abschaffen. Die Otto-Brenner-Stiftung der IG-Metall, der Präsident

des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger und auch das Bundesverfassungsgericht sehen Nachholbedarf bei der Organisation und der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Besonders der Jugendkanal Funk falle immer wieder negativ auf. Podeswa dazu: „Das Jugendnetzwerk Funk von ARD und ZDF produziert Inhalte für 14- bis 29-Jährige. Was die Verantwortlichen beim SWR dazu bewogen hat, Säuberungen und exzessive Polizeigewalt ihrer jugendlichen Zielgruppe spielerisch nahezubringen, und welches Grundbedürfnis damit befriedet werden soll, erschließt sich mir nicht.“ Solange die finanzielle Ausstattung noch für derartige Dinge reiche, bräuchten die Anstalten ganz offensichtlich nicht mehr, sondern weniger Geld.

Podeswas Resümee: „Vielleicht haben die Beitragszahler ja Glück. Vielleicht haben die CDU und die FDP in Sachsen-Anhalt mehr Mut als die CDU und FDP in Baden-Württemberg und vielleicht werden dort – so wie die AfD – auch CDU und FDP gegen die Erhöhung stimmen und diese damit insgesamt verhindern.“

mehrheitliche Zustimmung zum Gesetzentwurf gegen die Stimmen der AfD-Fraktion



ANTON BARON
Wahlkreis Hohenlohe



**WIR BEGRÜSSEN
DEN WETT-
BEWERB, DIE
ANDEREN
FRAKTIONEN
NICHT**

TOP 5

2. Beratung eines Gesetzentwurfs
der Fraktionen GRÜNE, CDU, SPD
und FDP/DVP:

„Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes“

Der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Anton Baron, hat in seiner Rede zur Absenkung der Unterschriftenzahl für Kleinparteien scharf die anderen Fraktionen kritisiert: „Wir begrüßen den demokratischen Wettbewerb, die anderen Fraktionen nicht. Das dürfte kein Zufall sein, da viele der Kläger wie ÖDP und Klimaliste insbesondere die Grünen Stimmen kosten könnten. Die Ablehnung des AfD-Änderungsantrags zur Senkung auf 50 Unterschriften pro Wahlkreis zeigt, dass die nötige Souveränität fehlt. Es spricht außerdem nicht für die juristische Kompetenz der Landesregierung und der anderen Fraktionen, dass ihr Handeln ständig gerichtlich korrigiert werden muss. Nicht zuletzt zeugt es auch unter dem Corona-Gesichtspunkt von zweierlei Maß, dass man sich diese Chance zur Reduktion von Kontakten entgehen lässt, während man an anderer Stelle unverhältnismäßige Maßnahmen erlässt.“

mehrheitliche Ablehnung des Änderungsantrags der AfD-Fraktion, mehrheitliche Zustimmung zum Gesetzentwurf mit der Mehrheit der AfD-Fraktion



DR. RAINER BALZER
Wahlkreis Bruchsal



DIE SCHULEN SIND ZU EINEM ORT DER AUSEINANDERS- SETZUNG ZWISCHEN ISLAMISMUS UND WESTLICHEN WERTEN GEWORDEN

TOP 6

1. Beratung eines Gesetzentwurfs der Landesregierung: **„Gesetz zur Änderung des Schul- gesetzes für Baden-Württemberg“**

Es geht bei diesem Gesetzentwurf um eine halbherzige Einschränkung der Gesichtsverschleierung. Dr. Rainer Balzer machte in diesem Kontext darauf aufmerksam, dass die AfD-Fraktion als Allererstes in diesem Landtag bereits im Sommer 2016 den Gesetzentwurf „Gesetz über das Verbot der Gesichtsverschleierung im öffentlichen Raum Baden-Württemberg“ eingebracht hatte.

einzigste Lösung: Ein Verbot des Gesichtsschleiers im öffentlichen Raum und ein Verbot des Kopftuchs für Repräsentantinnen unseres Staates.

Die Schulen sind längst zu einem Ort der Auseinandersetzung zwischen dem Islamismus und den westlichen Werten geworden. Der Mord an Samuel Paty, dem Lehrer in Paris, hat dies deutlich gemacht. Wenn man nun beginnt zu definieren, wo genau und warum der Gesichtsschleier verboten soll und ob dies verhältnismäßig ist oder vielleicht nicht, dann wird man immer den Entwicklungen hinterherlaufen.

Viele streng muslimische Frauen versuchen hier bei uns mit den Mitteln unseres säkularen Rechtsstaats Rechte einzuklagen, was für sie in vielen islamischen Ländern so gar nicht möglich wäre. Besonders radikal sind hier aber auch deutsche Konvertitinnen.

Im Iran hingegen sind Frauen festgenommen worden, weil sie den Schleier abnahmen. Frauen, die freiwillig volle Verschleierung tragen, unterstützen die Unterordnung der Frau. Für die AfD-Fraktion gibt es in dieser Diskussion daher nur eine



DANIEL ROTTMANN
Wahlkreis Ehingen



**DIE RECHTE
DER HELFER
WERDEN NICHT
GESTÄRKT,
SONDERN IHNEN
WERDEN NUR
NEUE PFLICHTEN
AUFERLEGT**

TOP 9

1. Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung: **„Gesetz zur Stärkung der Rechte der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Bevölkerungsschutz Baden-Württemberg“**

Der Abgeordnete Rottmann reagierte in seiner Rede auf eine geplante Änderung des Katastrophenschutzgesetzes. Dieses Gesetz trägt den Titel „Gesetz zur Stärkung der Rechte der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Bevölkerungsschutz“. Anders als der Titel suggeriert, werden deren Rechte allerdings nicht gestärkt, sondern ihnen werden nur neue Pflichten auferlegt. Mit der Einführung einer neuen „Außergewöhnlichen Einsatzlage“ sind sie künftig auch zur Teilnahme an Einsätzen verpflichtet, die in ihren Auswirkungen unterhalb einer Katastrophe angesiedelt sind.

Es handele sich bei dem Gesetz um eine „Mogelpackung“, so der Abgeordnete Rottmann. Zwar seien einige Punkte im Gesetz durchaus sinnvoll, es leide aber unter so schweren Mängeln – beispielsweise der Unterfinanzierung der ehrenamtlichen Organisationen –, dass eine Zustimmung derzeit sehr schwerfalle und unter Umständen von Verbesserungen abhängig gemacht werden müsse.



EMIL SÄNZE
Wahlkreis Rottweil



**GRÜNE UND CDU
FAHREN DAS
LAND GEGEN
DIE WAND, DIE
ALTPARTEIEN
BEJUBELN DIES
AUCH NOCH**

TOP 10

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

In seiner europapolitischen Rede kritisierte Emil Sänze die Landesregierung heftig: Der Brexit werde verflucht und damit würden 30.000 Industriearbeitsplätze gefährdet. Die Explosion der Nettobelastung Baden-Württembergs durch die EU falle mitten in eine der größten Wirtschaftskrisen aller Zeiten. Es gehe um 3, 5 oder gar 7 Milliarden Euro mehr pro Jahr, doch die Landesregierung verweigere die Herausgabe von Zahlen.

Dazu komme noch die Schließung unserer Automobil- und Autozuliefererindustrie per drastisch verschärfter Grenzwerte und das Verbot des Verbrennungsmotors, eine Energiearmut für Millionen, extreme Kostensteigerungen für Heizen und Strom und, und, und. Grüne und CDU würden das Land gegen die Wand fahren und die anderen Altparteien dies auch noch bejubeln.

Die AfD werde hingegen weiter für eine vernünftige Politik kämpfen, machte Sänze deutlich: Für ein Handelsabkommen mit Großbritannien, für eine Senkung der absurd hohen Nettozahlungen an die EU, für den Fortbestand der Automobilindustrie, für ein Ende der Verschandelung der Wälder mit Windkraftanlagen und für niedrige Heiz- und Stromkosten.